

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 55 (1975-1976)
Heft: 11

Artikel: Die schweizerische Wirtschaft : heute und morgen : Rede an der Ustertagfeier 1975
Autor: Schürmann, Leo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163112>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die schweizerische Wirtschaft – heute und morgen

Rede an der Ustertagfeier 1975

Der Ustertag erinnert an eine Zeit, da sich politische und gesellschaftliche Verhältnisse krisenhaft zugespitzt haben. Seither sind grosse Veränderungen ins Land gegangen; die äusseren und inneren Bedingungen, unter denen wir leben, haben sich gewandelt. Der *Auftrag* aber – woher auch immer wir ihn ableiten – bleibt sich gleich. Auch wir haben, wie die Männer und Frauen von 1830, zu versuchen, das Richtige zu tun und die Dinge zum Besseren zu wenden.

Greifen wir aus diesen Umweltbedingungen im weitesten Sinne des Wortes das wirtschaftliche Tun und Lassen heraus, in der Meinung, diese Seite unseres Menschseins sei unter den heutigen und überblickbaren künftigen Gegebenheiten besonders aufschlussreich und es lasse sich daraus einiges zur Lage und Verfassung von Staat und Gesellschaft von heute und morgen aussagen.

Wirtschaftsphilosophischer Ansatz

Es wird zutreffen, dass wir Schweizer im Rufe stehen, wir seien allzusehr an wirtschaftlichen Fragen interessiert und hätten zuviel Sinn für Besitz und Erwerb. Wir schämen uns dessen nicht, weil wir aus der Geschichte wissen, wie wenig einfach es ist, in einem Lande, das durch die Natur – solange es noch keinen Tourismus gab – nicht besonders begünstigt ist, Arbeit und Brot für alle zu beschaffen. Das alte Wort vom «primum vivere» mündet heutzutage in die besorgte Frage aus: Wird es in der Zukunft noch genug sinnvolle Tätigkeiten geben? Die Autobahnen sind bald einmal gebaut; die Infrastruktur von Privatwirtschaft und öffentlicher Hand verlangt inskünftig vielleicht weniger Aufwand, weil die Bevölkerung kaum mehr zunimmt; auch wächst berechtigtermassen die Neigung, in den wirtschaftlichen Überlegungen und Planungen auf die natürlichen Ressourcen und Schönheiten des Landes mehr als früher Rücksicht zu nehmen – eine Feststellung, die indes bereits einen Hinweis auf etwas Zukunftsweisendes beinhaltet. Stellt

man die (qualitative) Wohlfahrt gegenüber dem (quantitativen) Wohlstand in den Vordergrund, gewinnt das Behagen, das Sich-wohl-Fühlen in seinem Kreise, einen vorderen Rang, konzentriert man sein Leben nicht auf die Ferientage an fremden Stränden, sondern findet man es Tag für Tag lohnend, dann steckt in einer solchen Orientierung zugleich ein gehöriges Stück Arbeitsmöglichkeiten. Raumplanung und Umweltschutzindustrie sind dafür lediglich Stichworte. Der Erneuerungsbedarf, die durchaus wünschbare Wohlstandszunahme – die es ohnehin geben wird –, die Auslandnachfrage, besonders aus den Öl- und Staatshandelsländern, und schliesslich die simple Überlegung, dass der Mensch ein Konsument ist und dass er es besser haben will – und besser haben soll! –, sind Garanten dafür, dass es an *Arbeit und Verdienst nicht fehlen wird*. Untersuchungen kompetenter internationaler Gremien rechnen mit einer Zunahme des Prokopfeinkommens in den industrialisierten Ländern von 3,3% jährlich, in den Entwicklungsländern von 5%, eine Relation, die wohl zugunsten der letzteren noch korrigiert werden sollte.

Man muss sich diese Zusammenhänge ins Bewusstsein rufen, nicht bloss, um Tatsachen, die zuversichtlich stimmen, namhaft zu machen, sondern auch um daran zu erinnern, dass *Wirtschaften ein intellektueller Vorgang* ist, der mannigfache Kenntnisse und Einsichten voraussetzt und die Bereitschaft, das eigene Handeln nicht nur auf die Erfordernisse der Gegenwart, sondern auch der kommenden Generationen auszurichten, und dass *weitreichende und umfassende Strategien und Haltungen zu entwickeln sind, die Allgemeingut werden sollten*. Die Gelassenheit, mit welcher unser Volk auf das veränderte Konjunkturklima der letzten Monate reagiert hat, die Bestimmtheit, mit welcher die Behörden in Bund, Kantonen und Gemeinden einen neuen wirtschaftspolitischen Kurs eingeschlagen haben, und die umsichtige Art, wie der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes eine Organisation zur Vorbereitung und Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen ins Leben gerufen hat, vermitteln den Eindruck, es seien Entwicklungen in diesem Sinne im Gange. Es werden rasch und fast verzugslos Erkenntnisse und Einsichten, auch wissenschaftlicher Natur, in der Politik fruchtbar gemacht, und es werden damit Ergebnisse erzielt, die nicht selbstverständlich sind und sich keinesfalls von ungefähr eingestellt hätten.

Im *Wirtschaften steckt* – als zweites – eine *Moral*. Für den Einzelnen ist es wohl das Bedürfnis, *sich zu betätigen und sich zu bestätigen*. Ein Leben, das nur spielerisch vor sich geht, blosser Liebhabereien kennt und nicht auch den Zwang, Schwierigkeiten zu überwinden, Probleme zu lösen, Wahrheiten zu finden, etwas, das über das Persönliche hinausgreift, zu erreichen und gewissermassen die Schöpfung im kleineren oder auch im grösseren nachzuvollziehen, das also den Menschen nicht als tätigen Menschen versteht

und damit als schöpferisches Wesen, das es Gott gleichtut, indem es etwas erschafft – was auch darin bestehen kann, dass man einem anderen hilft –, das schöpft die Fülle seiner Möglichkeiten nicht aus. Ist das so, dann fliesst daraus eine Verpflichtung der Gesellschaft dem Einzelnen und den Familien gegenüber, ihnen die Chance zu geben, zu arbeiten und für sich zu sorgen – vordringliches Ziel daher jeder Wirtschaftspolitik, für möglichste Vollbeschäftigung zu sorgen. Im gleichen Atemzug ist die *gerechte Verteilung* dessen, was erwirtschaftet wird, zu nennen – eine schwierige, nie gelöste, aber doch annähernd lösbare Aufgabe. Der Schweiz ist es einigermaßen gelungen, die Bedürfnisse des Einzelnen nach Betätigung und Bestätigung seiner selbst und die gesellschaftlichen Anforderungen in ein erträgliches Gleichgewicht zu bringen. Wir stehen im Genusse eines relativ weiten Freiheitsraumes – gerade auch in der Wirtschaft –, ohne dass es weder an der gebührenden Rücksichtnahme auf die Schwächeren fehlt, noch dass allzugrosse, wenn allerdings immer noch reichlich grosse Unterschiede zwischen den Klassen und Gruppierungen vorhanden sind.

So sind wir mit guten Gründen alle Tage voll und ganz mit unseren beruflichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten befasst – als Landwirte, Handwerker, Kaufleute, Wissenschaftler, Unternehmer, als Angestellte und Arbeiter – und sind damit, so ist zu hoffen, in nützlichen und zufriedenstellenden Aktivitäten engagiert. Sinn trägt eben zum Sein der Welt bei.

Die wirtschaftliche Szenerie

Diese Tätigkeiten spielen sich, bei aller Spontaneität, die ihnen eigentümlich sein kann, nach *Regeln* ab. Auch die Handels- und Gewerbefreiheit, mag sie noch so kategorisch verstanden sein, unterliegt beschränkenden, aber auch stützenden Normen. Ich sehe das so:

«*Wettbewerb*» entspricht einer Grundvorstellung unserer politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Sie ist weniger in theoretischen Überlegungen begründet als in der historischen Erfahrung, dass es von allgemeinem, jedermann betreffenden Nutzen sei, wenn der Einzelne seine Kräfte im Wettbewerb mit anderen messe und hiebei sein Bestes leiste. Unsere Wirtschaftsordnung ist im Kern Marktwirtschaft, beruht auf Wettbewerb und ist somit Leistungswirtschaft. Die Bezugsgrösse, die für diese Art von Wirtschaft schlechterdings konstituierend ist, ist der *Markt*. Es sollen Bedürfnisse gedeckt werden, die sich als Angebot und Nachfrage auf einem Markte Ausdruck verschaffen. Akzeptiert man diese Annahme, dann ist alles, was daraus folgt, logisch und nicht mehr zu bestreiten. Dann anerkennt man nämlich den Wettbewerb als den Schiedsrichter über Erfolg oder Misserfolg wirt-

schaftlichen Tuns, damit auch den Unternehmer, der investiert und riskiert, den Arbeitnehmer, der nicht nur ausführt, sondern mitdenkt und mitentscheidet, und auch den Staat, der Rahmen- und Randbedingungen setzt, damit das Handeln der vielen möglichst konfliktlos aufeinander abgestimmt ist und dass gewahrt bleibt, was im Eifer und in der Ungebundenheit des wirtschaftlichen Handelns verlorengehen könnte, nämlich die öffentlichen oder die gemeinsamen Interessen.

Die wirklichen *Akteure* in der Wirtschaft sind also die *Unternehmer* und die *Arbeitnehmer*. Der Dramaturg ist der Staat mit seiner Rechts- und Wirtschaftsordnung und mit dem, was er unternehmerisch zum Wohle der Gesamtheit selber tut.

Wir haben mit einem solchen Verständnis der Wirtschaft und mit dieser Rollenverteilung gute Ergebnisse erzielt. Die Statistiken zeigen, dass wir über einen beträchtlichen Wohlstand verfügen. Das Pro-Kopf-Einkommen in der Schweiz ist das zweitgrösste der Welt. Die private und öffentliche Vorsorge hat einen hohen Stand erreicht, die Eigentumsstreuung ist ansehnlich. Da wir seit Beginn der Industrialisierung – das Uster von 1832 war dafür ein Fanal – mit der Weltwirtschaft in starkem und stärkstem Masse verflochten sind, hat unsere Wirtschaft einen hohen Grad der Kompetitivität erreicht, wofür neueste Untersuchungen bestätigende Hinweise vermitteln, beispielsweise über den verhältnismässigen Anteil unserer Exportwirtschaft auf den massgeblichen Auslandmärkten. Die Fehler der sechziger und siebziger Jahre – die spätere Zeiten wohl als Dezennien nicht nur des leichten, sondern des ungezügelten Wirtschaftens empfinden werden – lassen sich leichter korrigieren, als je zu erwarten war, so dass wir mit einer heutigen Teuerungsrate von 4,8% bei weitem die letzte Stelle auf der Inflationsliste der OECD einnehmen. Die Arbeitslosigkeit liegt mit 0,6% der aktiven Bevölkerung im Verein der gleichen Länder ebenfalls tief, so schmerzlich jeder einzelne Fall von Arbeitslosigkeit auch ist. Der Schweizerfranken erfährt weltweite Schätzung, was – nicht zu unserer ungeteilten Freude – weiterhin so bleiben wird. Dass unsere Exportwirtschaft und unsere Hotellerie eine Aufwertung von 40% innert zwei Jahren zu ertragen vermochten, zeugt von grosser Lebenskraft. Diese relativ günstige Bilanz ist um so bemerkenswerter, als sie nicht auf Kosten einzelner Wirtschaftszweige oder Berufe erzielt worden ist. Auch die Landwirtschaft hat ihren Anteil erhalten. Auch der Arbeitnehmer ist wohlhabender geworden, ist das Sozialprodukt doch seit 1970 um 11% real gestiegen, wobei die Durchschnittsverdienste zwischen 3,4 und 2,2%, wiederum real, zugenommen haben.

Das alles ist sicherlich eindrucksvoll. Doch wissen wir, dass solche Zahlen lediglich den Zustand zu einer bestimmten Zeit wiedergeben und dass alles alle Tage in Frage gestellt und gefährdet ist. Die Dinge sind voller Bewegung

und treiben, manchmal langsamer, manchmal schneller, nach neuen Ufern, drängen nach neuen Horizonten. Da sind nicht nur die Konsuln, sondern alle aufgerufen, wachsam zu sein.

Weiterentwicklung des Systems

Ich gehe davon aus, dass wir unser wirtschaftliches und gesellschaftliches System *nicht grundlegend verändern werden*, weil ich nicht der Ansicht bin, dass die Probleme der Zukunft nur oder zur Hauptsache über den Staat gelöst werden können – allerdings auch nicht auf rein privatwirtschaftliche oder kapitalistische Art! Der Beitrag des Staates zur Meinungs- und Entscheidungsbildung in der Wirtschaft und sein Anteil am Bruttosozialprodukt werden gewichtiger werden. In einem Jahrhundert, das grosse wirtschaftliche Zusammenschlüsse erlebt hat, wie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, und in welchem eine dritte Welt heraufgekommen ist, wo die Reichtümer der Welt von früheren Zentren anderswohin sich verlagern, wird das Wirtschaften anspruchsvoller, komplexer und ist mehr mit ausserökonomischen Elementen durchwoben als früher. Die wirtschaftspolitische Stabsarbeit, das Zusammendenken der vielfältigen Faktoren und die Entscheidvorgänge im unternehmerischen, im gewerkschaftlichen und im staatlichen Bereiche gewinnen einen hohen Rang. Es ist beispielsweise von grundlegender Bedeutung für jede wirtschaftliche Tätigkeit, ob wir feste oder flexible Wechselkurse haben, ob viel oder wenig Geld verfügbar ist, ob hohe oder tiefe Zinssätze gelten, ob die öffentliche Hand Überschüsse oder Defizite in ihren Haushalten produziert und zu welcher Zeit sie das tut, ob investiert wird und, wenn ja, in welchen Branchen, ob Vertrauen vorhanden ist oder ob es fehlt.

Wir neigen bekanntlich dazu, diese Fragen ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt «hie Freiheit, hie Staat» zu beurteilen und ziehen, wenn man schon so fragt, im Zweifel selbstverständlich die staatsfreie Lösung vor. Ich teile die Skepsis in bezug auf die Eignung und Befähigung staatlicher Instanzen, in wirtschaftlichen Fragen massgeblich mitzubefinden – wie übrigens auch in den meisten anderen unser Leben betreffenden Angelegenheiten –, bejahe aber die Unerlässlichkeit, den Staat, das heisst diejenigen, die für ihn handeln, in die Lage zu versetzen, im Rahmen der gegebenen Grenzen wirkungsvoll zu handeln. Zwar hat der *Staat* im grossen und ganzen eine mehr schützende und bewahrende, oftmals aber auch eine gestalterische Aufgabe. *Man muss ihn, soweit er notwendig ist, auch in der Wirtschaft anerkennen.*

Die Gefahr, dass wir zuviel Staat erhalten, kann am zuverlässigsten in Schranken gehalten werden, wenn die direkt Beteiligten, hier also Unter-

nehmer und Arbeitnehmer, vieles selber *einvernehmlich regeln*. Wir verfügen da über lange und ermutigende Erfahrungen. Die Mitbestimmung wird – was ja vielfach bereits geschieht – in den Betrieben vertraglich und faktisch zu verwirklichen und auf höherer Ebene durch die Verbände fortzuführen sein, jene Organisationen, die ja schon lange nicht mehr bloss Interessenvertretung betreiben, sondern am Informations- und Entscheidungsprozess in wertvoller Weise beteiligt sind. Ein Wirtschafts- und Sozialrat auf schweizerischer Ebene könnte eine brauchbare Verstärkung dieser Mitwirkung gewährleisten.

Konkret sind meines Erachtens folgende Voraussetzungen zu erfüllen, damit unsere Wirtschaft eine zuverlässige Basis erhält:

Eine *Strukturpolitik*, die mittel- und langfristig auf die Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet ist. Ich meine damit, dass wir danach trachten sollten, eine regionale und berufliche Gliederung unserer schweizerischen Volkswirtschaft zu gewinnen, die marktbezogen ist, die jedoch, soweit dadurch gesamtwirtschaftliche oder gesamtpolitische Nachteile entstehen oder entstehen könnten, Korrekturen erfährt, nötigenfalls auch mit einigem Aufwand an Kosten. Was wir auf dem Sektor der Investitionshilfe für die Berggebiete ins Werk gesetzt haben, in der Meinung, damit die Grundlage für diese Landesteile auf Generationen hinaus zu erneuern und zu festigen, wird ein Exempel sein. Im Jura und in anderen Regionen ist die Lage nicht anders. Das Verteilungsnetz – ein weiteres Beispiel – ist in den letzten Jahren einseitig geworden, und es wird sich noch erweisen, ob wir hier nicht unklug und wenig vorausschauend gehandelt haben.

Das Strukturproblem wiederholt sich auf der Ebene der Branchen und Betriebe. Es ist nicht auszuschliessen, dass ganze Wirtschaftszweige innert kurzer Zeit wegen der technischen Innovation grundlegende Änderungen erfahren werden; die Bedürfnisse sind nicht mehr die gleichen wie noch unlängst, und das Ausland ist uns auf den Fersen. Daher auch die Notwendigkeit einer staatlich unterstützten Forschung und wohl auch einer Politik zur Förderung kleiner oder mittlerer Unternehmer als Teil einer schweizerischen Industriepolitik. Nur auf dem Felde der Erfindungen, Verbesserungen, des «styling», einer Produktion, die man als «sophisticated» bezeichnen kann, werden Erfolge blühen. Neugierde und der Wunsch nach Abwechslung wirken belebend. Gefragt ist Einfallsreichtum!

Die Partnerschaft von Staat und Wirtschaft tritt hier ein erstes Mal deutlich fassbar in Erscheinung. Der Staat soll den Strukturwandel erleichtern und fördern. Das setzt sich auf dem Gebiete der *Konjunkturpolitik* als zweitem Kapitel der kommenden Wirtschaftsgeschichte fort. Zwei Gleichgewichtsvoraussetzungen sind für ein marktwirtschaftliches Ordnungssystem konstituierend und gleichermassen unerlässlich: das Gleichgewicht zwischen

Geldmenge und Warenmenge als makroökonomische Relation einerseits und das als mikroökonomisches Gleichgewicht zu verstehende unabhängig-freie Verhältnis der Anbieter und Nachfrager am Markt zueinander, das wir Wettbewerb nennen. Man kann nicht auf die Dauer eine Marktwirtschaft mit Privateigentum erhalten wollen und sie gleichzeitig den Wechselbädern von Inflation und Deflation aussetzen, ohne dass sich die Ordnung als Ganzes wandelt. Man kann aber auch nicht zulassen, dass der Wettbewerb durch organisierte Marktmacht des einen oder des anderen Marktpartners zu monopolistischen Machtkämpfen degeneriert. Die Degeneration des Wettbewerbs ist gleichbedeutend mit der Degeneration der Marktwirtschaft.

So verstanden ist Konjunkturpolitik Prozesspolitik, indem sie den Ablauf des gesamtwirtschaftlichen Geschehens zur Verhinderung von Teuerung und Arbeitslosigkeit beeinflusst und bestimmt. Wettbewerbspolitik dagegen ist Teil der Strukturpolitik, weil sie ein tragendes Element der Wirtschaftsordnung, eben den Wettbewerb, stärkt und erhält. Wer Marktwirtschaft sagt, nimmt Konjunkturschwankungen in Kauf. Aufgabe des Staates ist es, mit seinen Politiken diese Schwankungen aufzufangen und auszugleichen. Die letzten Monate haben uns vor Augen geführt, dass man das kann.

Als drittes nenne ich die *Handelspolitik*, eine aktive, vorwärts drängende Handelspolitik, die zwar zunächst – als Erschliessung neuer Märkte – wiederum Sache der Unternehmer selber ist, die aber durch die Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik kraftvoll unterstützt werden muss. Es verkauft sich in den Staatshandelsländern nicht auf die gleiche Art wie dort, wo man lebt und denkt wie wir. «Swiss made» ist eine Empfehlung für die Uhren; «Swiss made» sollte eine Empfehlung für den schweizerischen Export schlechthin sein.

Feststellungen und Postulate

1. Die *Auslandnachfrage* bleibt für die schweizerische Volkswirtschaft fundamental. Wir werden unseren hohen Lebensstandard nur zu halten vermögen, wenn wir international konkurrenzfähig bleiben. Es ist daher alles zu unternehmen, um diese Voraussetzungen sicherzustellen.
2. Die *Auslandnachfrage* beeinflusst massgeblich auch die *innenwirtschaftliche Lage*. Soweit im konjunkturellen Verlauf Schwankungen im Auslandsektor entstehen, ist die Lücke durch die Nachfrage der öffentlichen Hände nach Möglichkeit auszugleichen. Die Politik des *konjunkturgerechten Verhaltens der Gemeinwesen* muss zu einem festen Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik werden.

3. Der *Dienstleistungssektor* wird nach allen Erfahrungen und Überlegungen auch in der Schweiz weiterhin expandieren. Über die Zukunftsaussicht des *gewerblich-industriellen Bereichs* sind die im Gange befindlichen Untersuchungen fortzuführen. Der Anteil der *Landwirtschaft* an der aktiven Bevölkerung sollte mit Hilfe der gesamten Agrargesetzgebung auf dem erreichten Stande gehalten werden.
4. Unter allen Gesichtspunkten ist ein *hohes* handwerkliches, kaufmännisches und wissenschaftliches *Ausbildungsniveau* unerlässlich. Es ist, nötigenfalls mit staatlicher Hilfe, dafür Sorge zu tragen, dass in ausreichender Zahl Lehrstellen vorhanden sind und dass keine Jugendarbeitslosigkeit entsteht.
5. Die *internationale Zusammenarbeit* auf dem Gebiete der Geld-, Kredit- und Währungspolitik, aber auch der öffentlichen Finanzen und der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, verstärkt sich. Der Anteil der öffentlichen Hand am Bruttosozialprodukt nimmt zu. Damit wachsen die Chancen, eine ausgeglichene konjunkturelle Entwicklung der nationalen Volkswirtschaften herbeizuführen.
6. Die *gerechte Verteilung des Sozialproduktes* ist primär Sache der Sozialpartner. Ihre ständige Zusammenarbeit ist in hohem Masse erwünscht. Auf nationaler Ebene sollte die Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates geprüft werden.
7. Die *Investitionen* sind grundsätzlich durch den Markt zu steuern und durch die Unternehmer selbstverantwortlich zu treffen. Die Beeinflussung von Investitionsentscheiden von dritter Seite ist fragwürdig.
8. Der *Kapitalbedarf* wird zunehmen. Die Bildung von Sparkapital und ein kritisches Preisbewusstsein der Konsumenten sind, auch volkswirtschaftlich betrachtet, richtig.
9. Die *staatliche Wirtschaftspolitik*, wie sie heute instradiert ist und Erfolge zeitigt, ist konsequent fortzuführen und zu vertiefen, nämlich nach folgender Richtung:
 - Verstärkung der *Wettbewerbspolitik* durch Revision des Kartellgesetzes;
 - Schaffung eines gegenüber der verworfenen Vorlage vereinfachten, aber wirkungsvollen *Konjunkturartikels*, insbesondere zum Zwecke, die Geldmengen-, Kredit- und Wechselkurspolitik des Noteninstitutes verfassungsmässig abzustützen;
 - Entwicklung eines *strukturpolitischen Leitbildes*, das Staat und Privatwirtschaft in die Lage versetzt, mittel- und langfristig gesamtpolitischen und gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen.

Wir haben aus den überbordenden Jahren der Hoch- und Überkonjunktur zurückgefunden in einen ruhigeren und auch zuträglicheren wirtschaftlichen Rhythmus. Die Kräfte werden zwar stärker beansprucht, sie erweisen sich aber als ungeschwächt. Wir erleben eine *Rekonstituierung der Markt- und Wettbewerbswirtschaft*, zugleich eine strukturelle Bereinigung und überdies einen *Prozess der Substanzerhaltung*. Unser Volk war zu keiner Zeit der Meinung, Geld sei eine Illusion; es hat den Franken auch in der Inflation mit Recht für bare Münze genommen, wissend, dass sich in der Kaufkraft des Geldes alles das widerspiegelt, was «Wirtschaft» überhaupt zu leisten vermag.

Die Schweiz ist nicht nur, was ihre Wirtschaft ist; sie ist aber ohne ihre Wirtschaft – eine blühende und eine gerechte Wirtschaft – nicht das, was sie ist und was sie sein kann.

ARNOLD HOTTINGER

Die Spanier und ihre zwei Geschichtsbilder

Iberische Gegenwart als Spiegel der Vergangenheit

In allen Ländern der Welt dürfte es eine Schul- und Volksgeschichte geben, die sich von der «wissenschaftlichen» Geschichte unterscheidet, wie sie von den Berufshistorikern entwickelt und vorangeführt wird. Dies hat normalerweise mit der Tatsache zu tun, dass die Hand- und Schulbücher hinter der Forschung einherhinken und dass Geschichtslehrer im besten Fall jenen Stand der Geschichtsforschung vereinfachend übermitteln, der zu ihrer Studienzeit aktuell gewesen war. Doch in Spanien gehen die beiden Geschichten weit auseinander; es gibt eine «offizielle» Sicht der spanischen Vergangenheit, die in den Schulen gelehrt wird und auch in der Universitätsroutine fort dauert, und es gibt eine Geschichte zum Gebrauch der spanischen Intellektuellen. Dabei geht es um mehr als um den Gegensatz zwischen einer veralteten und einer aktuelleren Sicht der eigenen Vergangenheit. Es geht